

KOMMUNIQUÉ DER MINISTERTAGUNG DES NORDATLANTIKRATS AM 29. MAI 1997 IN SINTRA/PORTUGAL

1. Wir sind heute in Sintra zusammengekommen, um den laufenden Prozeß der inneren und äußeren Anpassung des Bündnisses voranzubringen und die bedeutenden Beschlüsse vorzubereiten, die unsere Staats- und Regierungschefs am 8. und 9. Juli auf ihrem Gipfeltreffen in Madrid fassen werden. Dieser Gipfel wird der neuen NATO auf dem Weg ins 21. Jahrhundert Form und Gestalt als eine Grundlage für die Entwicklung einer wirklich kooperativen europäischen Sicherheitsstruktur geben. Die Solidarität und Geschlossenheit des Bündnisses, wie sie in den Kernfunktionen zum Ausdruck kommt, einschließlich unseres gemeinsamen Bekenntnisses zur kollektiven Verteidigung, und eine starke transatlantische Partnerschaft werden das Fundament des Erfolgs des Bündnisses bei diesem Bemühen bleiben.

2. Wir sind entschlossen, aufbauend auf dem Erfolg des Nordatlantischen Kooperationsrats (NAKR) und der Partnerschaft für den Frieden (PfP), unsere politische und militärische Zusammenarbeit mit unseren Partnern auf eine qualitativ neue Stufe zu stellen. Wir haben daher beschlossen, unseren Partnern vorzuschlagen, auf der morgigen Tagung des NAKR gemeinsam den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) ins Leben zu rufen, für den wir in den letzten Monaten mit unseren Partnern den Rahmen entwickelt haben. In den letzten fünf Jahren hat der NAKR als entscheidendes Forum für das Zusammenwachsen Europas gedient. Der EAPR, der an die Stelle des NAKR tritt, wird die positiven Erfahrungen des NAKR und der PfP miteinander verbinden, indem er den übergreifenden Rahmen für politische und sicherheitsrelevante Konsultationen sowie für eine gestärkte Zusammenarbeit im Rahmen der PfP bildet, deren grundlegende Elemente Gültigkeit behalten werden. Wir sehen der morgigen ersten Sitzung mit unseren Partnern im EAPR mit Erwartung entgegen.

Wir sind erfreut über die dynamische und erfolgreiche Entwicklung der Partnerschaft für den Frieden mit 27 Staaten. Die Partnerschaft hat uns in einem neuen Geist des gemeinsamen Bekenntnisses zur euro-atlantischen Sicherheit einander nähergebracht und es den Partnern ermöglicht, sich rasch und erfolgreich an unserer breitangelegten Koalition für Frieden in Bosnien und Herzegowina zu beteiligen. Wir haben daher beschlossen, die Partnerschaft für den Frieden wesentlich auszubauen sowie immer engere und intensivere Beziehungen der Zusammenarbeit mit allen interessierten Partnerländern zu entwickeln. Wir haben heute eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen gebilligt, um politische Konsultationen mit dem Bündnis zu stärken, die Beteiligung der Partner an der Entscheidungsfindung und Planung in der PfP zu erhöhen und die PfP operationeller zu gestalten. Dies wird es den Partnerländern ermöglichen, enger an das Bündnis heranzurücken.

3. Wir sind besonders erfreut darüber, daß unsere Staats- und Regierungschefs und Generalsekretär Solana am 27. Mai in Paris mit Präsident Jelzin die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation unterzeichnet haben. Dies kennzeichnet den Beginn einer neuen starken, stabilen und dauerhaften Partnerschaft, die für die europäische Sicherheit von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Wir sind entschlossen, den Ständigen Gemeinsamen Rat zu einem Forum der Konsultation und Zusammenarbeit zur Förderung der Stabilität in ganz Europa zu machen. Die Tätigkeit des Rates wird sich auf die Grundsätze der Gegenseitigkeit, der Transparenz und der uneingeschränkten Achtung der

Interessen anderer Staaten stützen. Wir sprechen dem Generalsekretär und seinen Mitarbeitern unsere Anerkennung dafür aus, daß sie diese historische Übereinkunft für das Bündnis erzielt haben.

4. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die Vorbereitungen für Beschlüsse des Madrider Gipfeltreffens zur Einladung neuer Mitglieder, unserem Bündnis beizutreten, weit gediehen sind. Wir haben einen Bericht des Generalsekretärs zur Kenntnis genommen, in dem die Ergebnisse der letzten Runde des intensivierten Dialogs mit interessierten Partnerländern und der Analyse einschlägiger Faktoren im Zusammenhang mit der Aufnahme neuer Mitglieder, die zur Einbeziehung neuer Mitglieder in das Bündnis notwendige Anpassung der Bündnisstrukturen sowie ein Ablauf- und Zeitplan für die Beitrittsgespräche enthalten sind. Diese Vorbereitungen werden es in den nächsten Wochen ermöglichen, die umfassenden Empfehlungen zu formulieren, die wir auf unserer letzten Tagung erbeten haben. Die Aufnahme neuer Mitglieder, die unsere gemeinsame Sicherheit erhöhen wird, beinhaltet, daß das Bündnis die Mittel zur Verfügung stellt, die die Erweiterung notwendigerweise erfordern wird. Wir empfehlen unseren Staats- und Regierungschefs ferner, ausdrücklich unser Bekenntnis zu bekunden, daß das Bündnis für den Beitritt jedes anderen europäischen Staates, der in der Lage und gewillt ist, die Grundsätze des Washingtoner Vertrags zu fördern und zu unserer gemeinsamen Sicherheit beizutragen, offenbleibt. Wir empfehlen daher unseren Staats- und Regierungschefs, diesem Bekenntnis auf dem Madrider Gipfel Substanz zu verleihen.

5. Wir begrüßen, daß heute die Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine paraphiert wurde, und sehen ihrer Unterzeichnung auf dem Gipfeltreffen in Madrid entgegen. Die Wahrung der Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine ist ein ausschlaggebender Faktor für die Stabilität und Sicherheit in Europa. Wir werden die Ukraine im Zuge ihrer Entwicklung zu einer Demokratie und Marktwirtschaft weiter unterstützen. Wir begrüßen ferner die Eröffnung des NATO-Informationsbüros in Kiew Anfang dieses Monats als einen wichtigen Schritt zur weiteren Stärkung unserer Beziehungen zur Ukraine.

6. Wir messen der Sicherheit und Stabilität im Mittelmeer-Raum große Bedeutung bei. Wir sind erfreut über die Entwicklung des Dialogs zwischen der NATO und einer Reihe von Ländern der Region. Wir wollen diesen Dialog weiter ausbauen und ihn als stabilitätsfördernde Anstrengung zur Vertrauensbildung und Zusammenarbeit politisch noch deutlicher herausstellen. Zu diesem Zweck haben wir heute eine Reihe von Maßnahmen in bezug auf die Verwirklichung dieses Dialogs und die Möglichkeiten seiner Weiterentwicklung vereinbart. Wir haben beschlossen, unseren Staats- und Regierungschefs die förmliche Einsetzung eines neuen Ausschusses zu empfehlen, der dem Nordatlantikrat untersteht und die Gesamtverantwortung für den Mittelmeer-Dialog trägt.

7. Wir begrüßen die Fortschritte auf dem Gebiet der inneren Anpassung des Bündnisses, die von den grundlegenden Zielen der Gewährleistung seiner militärischen Leistungsfähigkeit, der Wahrung der transatlantischen Bindung und der Schaffung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) innerhalb des Bündnisses geleitet wird. Wir nehmen die Fortschritte zur Kenntnis, die bei der Langzeitstudie über die Entwicklung der künftigen Kommandostruktur des Bündnisses erzielt wurden, unterstreichen, wie wichtig es ist, offene Fragen zu lösen, und betonen, daß weitere Entwicklungen wünschenswert sind, damit dem Madrider Gipfel geeignete Beschlußempfehlungen im Interesse der rechtzeitigen und erfolgreichen Vollendung einer

neuen Kommandostruktur unterbreitet werden können. Wir nehmen mit Genugtuung die Fortschritte zur Kenntnis, die bei der Umsetzung des Konzepts der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) erzielt wurden.

Wir begrüßen die substantiellen Fortschritte, die bei der Entwicklung der ESVI innerhalb des Bündnisses erreicht worden sind. Wir haben einen konsolidierten Zwischenbericht gebilligt und erteilen die Weisung, daß nun energisch darauf hingearbeitet wird, unseren Staats- und Regierungschefs in Madrid Empfehlungen für Beschlüsse vorzulegen, die für den erfolgreichen Abschluß der inneren Anpassung des Bündnisses notwendig sind.

8. Wir begrüßen, daß kürzlich in der WEU Einigung darüber erzielt wurde, alle europäischen Bündnispartner, falls sie dies wünschen, an WEU-Operationen unter Nutzung von Mitteln und Fähigkeiten der NATO sowie an der Planung und Vorbereitung solcher Operationen zu beteiligen und in größtmöglichem Umfang Beobachter in Übereinstimmung mit ihrem Status in an unsere Tagungen von Berlin und Brüssel anknüpfende Folgemaßnahmen im Rahmen der WEU einzubeziehen. Wir stellen fest, daß somit die Basis für die Umsetzung von Ministerbeschlüssen, für die Stärkung der Arbeitsbeziehungen zwischen der WEU und der NATO und in diesem Rahmen für die Entwicklung der ESVI mit voller Beteiligung aller europäischen Bündnispartner geschaffen wurde. Zusammen mit den Beschlüssen, die am 13. Mai 1997 auf der Tagung des WEU-Ministerrats in Paris gefaßt wurden, wird dies dazu beitragen, die Grundlage für mögliche WEU-geführte Operationen, die mit Unterstützung durch Mittel und Fähigkeiten des Bündnisses durchgeführt werden, zu schaffen.

9. Das Strategische Konzept des Bündnisses, das 1991 von unseren Staats- und Regierungschefs auf ihrer Tagung in Rom verabschiedet wurde, legt die grundlegenden Ziele des Bündnisses dar. Angesichts der seit 1991 eingetretenen Veränderungen des strategischen Umfelds hat das Bündnis bereits beschlossen, das Strategische Konzept zu überprüfen, um zu gewährleisten, daß es mit der neuen Sicherheitslage und den neuen Herausforderungen in Europa voll im Einklang steht. Wir empfehlen unseren Staats- und Regierungschefs, auf ihrem Madrider Gipfeltreffen über das künftige Vorgehen zu entscheiden.

10. Wir sprechen den Offizieren und Mannschaften, die sich an der Stabilisierungstruppe (SFOR) in Bosnien und Herzegowina beteiligen, für ihren fortgesetzten erfolgreichen Beitrag zum Frieden in diesem Land unsere Anerkennung aus.

Wir erkennen an, daß seit unserer letzten Zusammenkunft bedeutende und vorzeigbare Fortschritte bei den umfassenden Bemühungen um die Durchführung der Friedensvereinbarung erzielt worden sind. Kommunalwahlen sind anberaumt, der sensitive Brčko-Beschluß wird derzeit umgesetzt, und es gibt positive Entwicklungen bei der Schaffung gemeinsamer Einrichtungen, der Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau. Wir fühlen uns durch die wirksame Zusammenarbeit zwischen SFOR und dem Hohen Beauftragten sowie den internationalen Organisationen und Stellen sehr ermutigt. Dennoch gibt es nach wie vor wichtige Herausforderungen, und das Versäumnis aller Vertragsparteien der Friedensvereinbarung, ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen, kann nicht hingenommen werden. In Bekräftigung unseres Bekenntnisses zur uneingeschränkten Umsetzung der Friedensvereinbarung bekunden wir unsere ernste Sorge über die mangelnde Entschlossenheit der Regierungsstellen in Bosnien und Herzegowina, ihre Verpflichtungen einzuhalten, und fordern sie mit Nachdruck auf,

- funktionsfähige zentrale Institutionen zu schaffen;
- die Bewegungsfreiheit, die Freiheit des Nachrichtenverkehrs und die Pressefreiheit zu gewährleisten;
- die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und das Recht aller Flüchtlinge und Vertriebenen auf freie Rückkehr zu achten;
- mit der Völkergemeinschaft bei der Vorbereitung, Durchführung und Umsetzung der Kommunalwahlen in vollem Umfang zusammenzuarbeiten;
- mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag bei den Bemühungen zusammenzuarbeiten, Kriegsverbrecher festzunehmen und vor Gericht zu stellen;
- die Bestimmungen der Rüstungskontrollvereinbarung in vollem Umfang zu erfüllen;
- diejenigen wirtschaftlichen Maßnahmen anzunehmen und umzusetzen, die erforderlich sind, damit Bosnien und Herzegowina als einheitlicher Staat funktionsfähig sind;
- eine demokratische, umstrukturierte Polizei aufzubauen.

Wir werden die Lage in Bosnien und Herzegowina weiterhin aufmerksam beobachten und sehen der nach Ablauf von sechs Monaten für Juni vorgesehenen Überprüfung der Arbeit der SFOR mit Erwartung entgegen. Wir sehen ferner den Ergebnissen der morgigen Ministertagung des Lenkungsausschusses des Rates für die Umsetzung des Friedens entgegen.

11. Wir begrüßen die Initiativen, die in Albanien von der OSZE als koordinierendem Rahmen für internationale Hilfe wie auch von der EU und der WEU ergriffen wurden. Wir sprechen der multinationalen Schutztruppe unter italienischer Führung mit Beteiligung mehrerer Allianzmitglieder und Partner unsere Anerkennung aus; sie trägt zur Schaffung eines sicheren Umfelds für diese Initiativen bei, die auf die Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in diesem Land abzielen. Die Wahlen, die am 29. Juni 1997 stattfinden sollen, sind ein wesentlicher Schritt im Prozeß der nationalen Aussöhnung, und wir rufen alle Parteien auf, sich an einem konstruktiven Dialog über künftige demokratische Reformen in Albanien zu beteiligen.

12. Wir begrüßen, daß die KSE-Flankenvereinbarung am 15. Mai 1997 in Kraft getreten ist. Dieser Schritt unterstreicht das Bekenntnis aller Vertragsstaaten, die durch die Flankenvereinbarung gewährleistete regionale Stabilität langfristig in einem angepaßten Vertrag beizubehalten. Wir verweisen auf die Fortschritte, die in Richtung auf eine Rahmenvereinbarung zur Anpassung des KSE-Vertrags erzielt worden sind, und äußern die Erwartung, daß diese Aufgabe so bald wie möglich abgeschlossen wird. Daher haben wir im Februar 1997 in Wien eine revidierte Vertragsstruktur nationaler und territorialer Obergrenzen sowie andere Maßnahmen zur Stärkung der umfassenden und regionalen Stabilität und Sicherheit in ganz Europa vorgeschlagen. Wir unterstreichen das Bekenntnis aller Bündnismitglieder zum Prozeß der Anpassung des KSE-Vertrags an ein sich änderndes Sicherheitsumfeld - ein Prozeß, der die Sicherheit aller Vertragsstaaten

erhöhen sowie gewährleisten soll, daß der Vertrag in den kommenden Jahrzehnten weiterhin als Eckpfeiler der europäischen Sicherheit dient.

13. Wir haben mit Genugtuung den Fortschrittsbericht des Gemeinsamen Proliferationsausschusses über die Tätigkeiten der Hocharangigen Politisch-Militärischen Gruppe für Proliferation und der Hocharangigen Verteidigungspolitischen Gruppe für Proliferation zur Kenntnis genommen. Wir nehmen die politischen Leitlinien für militärische Operationen unter ABC-Bedingungen zur Kenntnis, die von der Hocharangigen Verteidigungspolitischen Gruppe für Proliferation ausgearbeitet wurden. Wir weisen den Gemeinsamen Proliferationsausschuß an, seine wichtige Arbeit fortzusetzen. Wir bekräftigen, daß diese politischen und verteidigungsbezogenen Bemühungen zur Verhinderung der Proliferation unverändert einen wesentlichen Bestandteil der Anpassung an das neue Sicherheitsumfeld darstellen, und begrüßen weitere Konsultationen und Zusammenarbeit mit Partnerländern mit dem Ziel, den gemeinsamen Sicherheitsrisiken, die durch die Proliferation entstehen, begegnen zu können.

14. Wir begrüßen die zwischen den Präsidenten Clinton und Jelzin in Helsinki erzielte Vereinbarung zur Reduzierung der strategischen nuklearen Gefechtsköpfe auf einen Bestand von 2000 bis 2500 in einem START-III-Vertrag. Wir fordern die Russische Föderation mit Nachdruck auf, den START-II-Vertrag umgehend zu ratifizieren, damit die Verhandlungen über START III beginnen können.

15. Wir sind erfreut, daß das Chemiewaffenübereinkommen in Kraft getreten ist, und setzen uns nachdrücklich für seine vollständige und wirksame Durchführung ein. Wir rufen alle Staaten, die das Übereinkommen noch nicht unterzeichnet und ratifiziert haben, dazu auf, dies so bald wie möglich zu tun.

16. Wir sprechen der Regierung Portugals für die Ausrichtung dieser Tagung unseren herzlichen Dank aus.

[Quelle: Internationale Politik 9/1997, S. 92-96.]